

DAS JUGENDAMT JAmt

Zeitschrift für
Jugendhilfe und Familienrecht

Monatsschrift des
Deutschen Instituts für
Jugendhilfe und Familienrecht e. V.

97. Jahrgang 2024

DIJUF

Deutsches Institut für
Jugendhilfe und Familienrecht e. V.
Forum für Fachfragen

Poststr. 17, 69115 Heidelberg · Postfach 10 20 20, 69010 Heidelberg
Tel. +49 (0) 6221 98 18-20 · Fax +49 (0) 6221 98 18-28 · institut@dijuf.de · www.dijuf.de

JAmT 2024 – JAHRESINHALTSVERZEICHNIS

97. Jahrgang 2024

Übersicht

JAmT-Ausgabe	Seitenzahlen	
Heft 1	1 bis 56	
Heft 2	57 bis 124	
Heft 3	125 bis 192	
Heft 4	193 bis 256	
Heft 5	257 bis 316	
Heft 6	317 bis 372	
Heft 7-8	373 bis 440	Schwerpunkt: Schlüsselfragen im Kinderschutz
Heft 9	441 bis 508	
Heft 10	509 bis 564	
Heft 11	565 bis 620	
Heft 12	621 bis 680	

II EDITORIALS

III AUFSÄTZE

V RECHTSPOLITIK

V AUS PRAXIS UND FORSCHUNG

V FACHPOLITISCHE INFORMATIONEN

V DIJuF INTERN

VI DIJuF-LÄNDERANFRAGEN

VI DIJuF-RECHTSGUTACHTEN

VIII RECHTSPRECHUNG

EDITORIALS

1 Heft 1: Die Jugendhilfe als Unterstützerin junger Menschen mit Eltern in Haft
Dr. Janna Beckmann

57 Heft 2: Wirklichkeit wird Recht?
Eckpunkte für eine Reform des Kindschafts- und Abstammungsrechts
Katharina Lohse

125 Heft 3: 1 – 11 – 12 – 33 – 40 – 50 – Lottozahlen?
Auswirkung des Umfangs der Mitbetreuung im Sozial- und Unterhaltsrecht
Petra Birnstengel

193 Heft 4: Wie viel Lotsen braucht es zur Wahrnehmung von Rechten?
Sarah Ehlers

- 257 Heft 5: Referentenentwurf zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Vaterschaftsanerkennungen: Rückblick – Status quo – Ausblick
Petra Birnstengel
- 317 Heft 6: Kein Platz in Sicht
Dr. Janna Beckmann
- 373 Heft 7-8: 15.395 Sorgerechtsentzüge im letzten Jahr
Katharina Lohse
- 441 Heft 9: Gute Interessenvertretung für junge Geflüchtete – aber durch wen?
Susanne Achterfeld
- 509 Heft 10: Ein großer Schritt in Richtung Gesamtzuständigkeit – der Referentenentwurf zum Kinder- und Jugendhilfeinklusionsgesetz liegt vor
Katharina Lohse
- 565 Heft 11: Kindgerechte Zuständigkeit in der Vormundschaft
Susanne Achterfeld
- 621 Heft 12: Der Ganzttag rückt näher
Dr. Janna Beckmann
- 126 Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt – Handlungsperspektiven für die Jugendhilfe
Dr. des. Folke Brodersen
- 131 Wie kann die Kooperation im Kinderschutz zwischen Schule und Jugendhilfe gut gelingen? Erkenntnisse und Empfehlungen auf der Grundlage einer Workshopreihe mit der Schulaufsicht und den Jugendämtern im Land Brandenburg
Dr. Julian von Oppen • Dr. Susanne Przybilla
- 136 Das gewichtslose Merkmal der „Gewichtigkeit“ in § 8a Abs. 1 S. 1 SGB VIII
Prof. Dr. Dr. Erik Hahn
- 194 Strategien gegen den Fachkräftemangel in der Kinder- und Jugendhilfe: Wenn strukturelle Fragen ausgeblendet und schnelle Lösungen zum Problem werden
Heinz Müller • Judith Osterbrink • Matthias Röder • Maik Zilling
- 200 (Gewöhnlicher) Aufenthalt als Anknüpfungsmerkmal für die örtliche Zuständigkeit eines Jugendamts als bestellter Vormund nach § 87c Abs. 3 SGB VIII
Fragestellungen in der neueren Rechtsprechung und den Anfragen an das DIJuF
Prof. Dr. Birgit Hoffmann
- 207 Begründung des pfandfreien Betrags nach § 850d ZPO und Deckelung des Mehrbetrags für laufende Unterhaltsansprüche
Anmerkung zu LG Dessau-Roßlau 15.1.2024 – 1 T 212/23
Martin Benner
- 258 Rechtsansprüche, Rechtspflichten und Konsequenzen bei Nichterfüllung im SGB VIII – Teil I
Prof. Dr. Dr. h. c. Reinhard Wiesner
- 263 (K)Ein Ende der Ausbildungsduldung?! Die neue Ausbildungsaufenthaltserlaubnis nach § 16g AufenthG
Verena Wörmann
- 318 Einblick in Konfliktbereiche der Kinder- und Jugendhilfe
Die Bundesstatistik der ombudshaftlichen Beratung 2022
Andrea Len • Dr. Simon Mohr • Prof. Dr. Ulrike Urban-Stahl
- 324 Umsetzungsstand zur Ausgestaltung von § 9a SGB VIII „Ombudsstellen“ in den Ländern
Andrea Len • Prof. Dr. Ulrike Urban-Stahl

AUFSÄTZE

- 2 Verhältnis von Leistungsansprüchen aus dem ab 1.1.2024 geltenden Sozialen Entschädigungsrecht (SGB XIV) zur Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII)
David Seltmann
- 7 Das neue Opferentschädigungsrecht ist da oder: Am 1.1.2024 schlüpft das SGB XIV!
Vorstellung der Neuregelungen in Berlin
Stefanie Ulrich
- 9 Rechtsfragen und Praxishinweise zur Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG
Sebastian Röder, LL.M. • Dr. Philipp Wittmann
- 58 Die qualifizierte Inaugenscheinnahme (§ 42f SGB VIII) Willkürakt oder fachlich fundierte Entscheidung?
Irmela Wiesinger
- 67 Neue Fragen der Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG nach Inkrafttreten des Chancen-Aufenthaltsgesetzes
Sebastian Röder, LL.M. • Dr. Philipp Wittmann

- 327 Paradigmenwechsel im Handlungsfeld Stationäre Erziehungshilfen?
Impulse für einen Handlungsfelddiskurs
Dr. Jürgen Strohmaier
- 333 Rechtsansprüche, Rechtspflichten und Konsequenzen bei Nichterfüllung im SGB VIII – Teil II
Prof. Dr. Dr. h. c. Reinhard Wiesner
- 374 Perspektive Sozialpädagogik: Welches Wissen/
Welche Kompetenz bringt Soziale Arbeit in das familiengerichtliche Kinderschutzverfahren ein?
Prof. Dr. Barbara Seidenstücker
- 378 Die Wahrscheinlichkeit eines Schadenseintritts bei der Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB
Dr. Janna Beckmann
- 382 Wann helfen ambulante Hilfen?
Prof. Dr. Heinz Kindler
- 386 Warum eine Inobhutnahme kein Ersatz für eine einstweilige Anordnung ist
Verhältnis von Inobhutnahme und familiengerichtlicher Eilentscheidung im Kinderschutz
Katharina Lohse
- 392 Wann und wie schnell kann eine gegenüber der Inobhutnahme vorrangige familiengerichtliche Entscheidung (einstweilige Anordnung) „eingeholt“ werden?
Prof. Dr. Rüdiger Ernst
- 400 Wie mit unterschiedlichen Einschätzungen im Kinderschutz umgehen?
Dr. Kerstin Wierse
- 405 Erforderlichkeit einer Anordnungscompetenz des Familiengerichts?
Bemerkungen aus verwaltungsgerichtlicher Perspektive
Burkhard Lange
- 410 Voraussetzungen für sich entsprechende und Umgang mit unterschiedlichen Einschätzungen
Lösungsmöglichkeiten aus der Praxis des StJA Stuttgart
Dr. Susanne Heynen
- 414 Leitfaden: Anrufung des Familiengerichts bei Kindeswohlgefährdung
Anlage zur Handreichung der SFK 2
Ständige Fachkonferenz 2 (SFK 2) „Familienrecht und Soziale Dienste im Jugendamt“
- 417 AUS AKTUELLEM ANLASS
Die Eckpunkte des Bundesministeriums der Justiz für eine Reform des Abstammungsrechts
Prof. Dr. Marina Wellenhofer
- 442 Gleichstellung erheblich vernachlässigter Kinder mit Gewaltopfern
Auswirkungen des neuen SGB XIV auf die Jugendhilfe
Olaf Rademacker
- 448 Die amtlichen Formulare nach der ZVFV aus Sicht der Unterhaltsvollstreckung – Teil I
Martin Benner
- 455 Erhöhung des Vollstreckungserfolgs durch Pfändung der Inflationsausgleichsprämie
Anmerkung zu BGH 25.4.2024 – IX ZB 55/23
Prof. Dr. Frank Els
- 510 Das Wechselmodell und der verflixte Mehrbedarf
Das Wechselmodell beschäftigt weiter die Beratungspraxis der Jugendämter
Rolf Sievertsen
- 516 Kein Rückwirkungsverbot aufgrund § 78d Abs. 2, § 78g Abs. 3 SGB VIII
Zugleich Anmerkung zum DIJuF-Rechtsgutachten JAmt 2021, 517
Dr. Christian Grube
- 520 Die amtlichen Formulare nach der ZVFV aus Sicht der Unterhaltsvollstreckung – Teil II
Martin Benner
- 523 Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag (SBBG) im Überblick
Prof. Dr. Birgit Hoffmann
- 566 Handhabung strafrechtlicher Einträge im erweiterten Führungszeugnis durch Einrichtungsträger und Betriebserlaubnisbehörde
Prof. Dr. Michael Els
- 572 Zwischen Wächteramt des Jugendamts und vormundschaftlicher Unabhängigkeit
Beratung, Unterstützung und Beaufsichtigung von Einzelvormundschaften
Matthias Bisten • Dr. Miriam Fritsche
- 576 Familiennachzug zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen
Rechtliche Grundlagen und praktische Hinweise
Annalena Würz, LL.M.
- 622 Hat die Entscheidung des BGH vom 10.4.2024 zur Vertretung des Kindes im Unterhaltsverfahren bei paritätischer Betreuung Auswirkungen auf die Beistandschaft?
Dr. Erik Pöttker
- 626 Die Rolle der Verfahrenslotsinnen im Kinderschutz
Hannah Binder

- 630 Firmendirektversicherungen als Zugriffsobjekte in der Unterhaltsvollstreckung und Auswirkungen der Besparung auf eine Lohnpfändung
Prof. Dr. Frank Els

RECHTSPOLITIK

- 458 Notvertretung während der (vorläufigen) Inobhutnahme nach § 42 Abs. 2 S. 4 f. SGB VIII, § 42a Abs. 3 SGB VIII
Geltende Rechtslage und Praxis, Gedanken zu einer möglichen Reform
Prof. Dr. Birgit Hoffmann

AUS PRAXIS UND FORSCHUNG

- 14 § 17 SGB VIII als Grundlage für eine Beratung des barunterhaltspflichtigen Elternteils
Zwischenruf aus der Praxis
Heike Herzberg
- 209 Bedeutung von direkter Beteiligung in einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe
Praxisbericht aus dem ThinkTank „Inklusives Kinder- und Jugendhilfegesetz aus Perspektive der Selbsthilfe“
Benita Eisenhardt
- 269 Schutzkonzepte in der Pflegekinderhilfe
Erste Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Modellprojekt „Fokus Pflegekind“ des Kinderschutzbunds Landesverband Schleswig-Holstein
Veronika Winter
- 273 Die Rolle von Amtsvormündern – Hürde oder Sprungbrett für ehrenamtliche Vormundschaft?
Sarah Klein · Lisa Marie Reese
- 339 Nachträgliche Erweiterung einer bestehenden Forderungspfändung
Martin Benner
- 461 Anforderungen an den Nachweis der Erziehungsbeziehung zum Zweck der Asylantragstellung für sog. begleitete unbegleitete minderjährige Ausländer:innen im Kontext der DA-Asyl des BAMF vom 12.6.2024
Checkliste für das Jugendamt
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e. V. (DIJuF)

- 581 Familienangehörige suchen, verbinden und vereinen
Überblick über die Aufgaben und Unterstützungsmöglichkeiten des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes bei Kontaktverlust zu Familienangehörigen und im Kontext der Familienzusammenführung
Jutta Hermanns · Steffi Riechmann

- 635 Qualitätsstandards für institutionelle Schutzkonzepte in Jugendämtern
– am Beispiel der Hilfeplanung im ASD
Sehresh Tariq · Dr. Tanja Rusack · Prof. Dr. Wolfgang Schröer · Prof. Dr. Karin Böllert · Dr. Bernd Christmann · Lena Knaebe · Prof. Dr. Martin Wazlawik

FACHPOLITISCHE INFORMATIONEN

- 17 Verantwortung braucht angemessene Ressourcen – Schluss mit Fallzahlbingo in der Vormundschaft! des Praxisbeirats Amtsvormundschaft vom Dezember 2023
Empfehlungen
- 71 Gesetzliche Gestaltungsmöglichkeiten eines Inklusiven SGB VIII
Hinweise des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e. V. (DIJuF) vom 16.5.2023 und 30.11.2023
- 144 Verdacht auf innerfamiliären sexuellen Missbrauch: Herausforderungen und wie der ASD trotz und mit ihnen gut umgehen kann
Ständige Fachkonferenz 2 (SFK 2) „Familienrecht und Soziale Dienste im Jugendamt“
- 213 Umsetzung der Rechtsprechung zum § 7a UVG Handlungsempfehlung vom 22.2.2024
Ständige Fachkonferenz 3 (SFK 3) „Unterhalts-, Unterhaltsvorschuss- und Abstammungsrecht“
- 277 Kinderrechtsbasierte Vormundschaft ermöglichen! Die Unterzeichnenden fordern auf zu Änderungen im SGB VIII: Senkung der Fallzahlen, Lösung von Zuständigkeitsproblemen, Schaffung statistischer Grundlagen, Sicherung der Finanzierung aller Vormundschaftstypen!
14 Fachorganisationen mit gemeinsamem Appell
- 423 Aufruf: Weiterführung der Reform des Unterhaltsrechts jetzt!
Ständige Fachkonferenz 3 (SFK 3) „Unterhalts-, Unterhaltsvorschuss- und Abstammungsrecht“

DIJuF INTERN

- 24 Herzlicher Dank für tolle 23 Jahre! Die SFK 3 verabschiedet *Gretel Diehl* im Vorsitz

DIJuF-LÄNDERANFRAGEN

AUSTRALIEN

- 87 Unterhaltstitulierung und -durchsetzung gegen in Australien lebenden Vater

BULGARIEN

- 151 Unterhaltsrückgriff gegen in Bulgarien lebenden Vater aus Vollstreckungsbescheid

DEUTSCHLAND

- 280 Kostentragungspflicht von Bankgebühren bei Unterhaltszahlungen in Fremdwährung aus dem Ausland

TÜRKEI

- 584 Anerkennung von Unterhaltsurkunden; dynamische Titulierung; Bezifferung; Zustellung

UKRAINE

- 25 Auslandsrückgriff in der Ukraine
- 27 Geltendmachung von Kindesunterhalt in der Ukraine
- 643 Eintragung eines fiktiven Vaters in der Geburtsurkunde; Begründung der Vaterschaft bei Aufenthalt des Vaters in der Ukraine

DIJuF-RECHTSGUTACHTEN

FAMILIENRECHT

ABSTAMMUNGSRECHT

- 89 Pflicht eines Mündels zur Duldung einer Speichelprobe zwecks Vaterschaftsfeststellung

ADOPTIONSRECHT

- 153 Zeitpunkt der Pflichtberatung; unterhaltsrechtliche Wirkung der Rücknahme des Adoptionsantrags

BEISTANDSCHAFTSRECHT

- 217 Folgen des Fachkräftemangels auf den Bereich Beistandschaft
- 218 Zwangsvollstreckung bei treuhänderischer Rückübertragung im Fall des § 7a UVG

- 282 Streit der Eltern um Aufenthaltsort des Kindes bei bestehender Beistandschaft

- 586 Weitergabe der Unterlagen des Unterhaltspflichtigen an das Jobcenter aufgrund Einwilligung

BEURKUNDUNGSRECHT

- 342 Verbot missbräuchlicher Vaterschaftsanerkennungen gem. § 1597a BGB und Vorgaben für die Urkundspersonen zu seiner Durchsetzung

FAMILIENVERFAHRENSRECHT

- 463 Geltendmachung des Gerichtskostenvorschusses nach Obsiegen im Gerichtsverfahren durch den Beistand

SORGERECHT

- 424 Verhinderung der Rückführung trotz Anordnung des Familiengerichts
- 426 Zuständigkeit für die Organisation einer freiheitsentziehenden Unterbringung in einer KJP

UNTERHALTSRECHT

- 30 Unterhaltsbezogener Versäumnisbeschluss gegen Putativvater vor Vaterschaftsfeststellung?
- 32 Auswirkungen einer Unterbringung nach SGB IX Teil 2 auf den Kindesunterhaltsanspruch
- 91 Betreuungsunterhalt für die Betreuung eines achtjährigen behinderten Kindes
- 284 Anteilige Kürzung des pfandfreien Betrags im letzten Monat des Arbeitslohnbezugs
- 285 Aktien-/Spekulationsgewinne als Einkommen?

- 349 Erwerbstätigkeit trotz Betreuung eines Kleinkindes; Kostentragung für Zusatzbedarfe

- 351 Kind als Kostenschuldner für Gerichtskosten in Unterhaltsverfahren

- 352 Auswirkungen des Bezugs von Asylbewerberleistungen auf Unterhaltsanspruch des Kindes

- 466 Berechnung des Volljährigenunterhalts bei betreuten Halbgeschwistern

- 469 Rückwirkende gerichtliche Geltendmachung von höherem Unterhalt in besonders gelagerten Einzelfällen

- 524 Pflicht des Arbeitgebers zur Berücksichtigung einer Lohnabtretung oberhalb der Pfändbarkeitsgrenze
- 645 Berücksichtigung hoher Wohnkosten des Unterhaltspflichtigen
- 647 Berücksichtigung eines Darlehens zur Finanzierung von Zugewinnausgleich und Scheidungskosten
- UNTERHALTSVORSCHUSSRECHT**
- 157 Schriftverkehr mit Unterhaltspflichtigen im Ausland ohne deutsches Sprachverständnis
- 525 Zeitpunkt der Mitwirkung bei der Vaterschaftsfeststellung
- 587 Verrechnung von Zahlungen des unterhaltspflichtigen Elternteils an das Jobcenter auf UV-Leistung
- VORMUNDSCHAFTSRECHT/
PFLEGSCHAFTSRECHT**
- 35 Aufgaben des Jugendamts als Vormund für ein in einer Babyklappe abgelegtes Kind
- 289 Kostenerstattung für eine von einem Vereinsvormund geführte Vormundschaft
- 471 Durchsetzung von Leistungsansprüchen durch das Jugendamt als Vormund
- 527 Übermittlung der Kontaktdaten von Einzelvormündern an eine Koordinierungsstelle
- 589 Mitvormundschaft/Mitpflegschaft und zusätzlicher Pfleger bei ehrenamtlicher Vormundschaft
- 649 Urlaubs-/Krankheits-)Vertretung eines ehrenamtlichen Einzelvormunds
- KINDER- UND JUGENDHILFERECHT**
- DATENSCHUTZ**
- 40 Datenübermittlung eines freien Trägers bei Gefährdung eines ungeborenen Kindes
- 160 Übermittlung von Daten des Jugendamts an die Strafverfolgungsbehörden
- 591 Zulässigkeit der Datenweitergabe an andere Sachgebiete und freie Träger
- 652 Akteneinsicht durch Verfahrenslotsinnen
- EINRICHTUNGSAUFSICHT (§ 45 SGB VIII)**
- 42 Folgen personeller Unterbesetzung in einer erlaubnispflichtigen Einrichtung
- LEISTUNGEN NACH SGB VIII**
- 93 Zuständigkeit für die Begleitung eines Kindes in eine Einrichtung
- 161 Möglichkeit der Umgangsbegleitung durch Pflegeeltern
- 220 Zulassung unmittelbarer Inanspruchnahme der Leistung nach § 20 SGB VIII durch Vereinbarungsabschlüsse
- 529 Hilfeplangespräch ohne Bevollmächtigten von nicht personensorgeberechtigten Eltern
- 593 Vereinbarungen über niedrigschwellige ambulante Hilfen an Familien mit „Systemsprengern“
- 653 Gewährung einer Sozialpädagogischen Familienhilfe in einer Patchworkfamilie
- ORGANISATION/AUFBAU**
- 221 Beschlusskompetenz des Stadtrats über Elternbeitragsatzung entgegen der Empfehlung des JHA
- 531 Einsatz von Erzieherinnen im Rahmen der Sozialpädagogischen Familienhilfe
- 533 Rechtsfolgen bei fehlerhafter Besetzung des Jugendhilfeausschusses
- 595 Einbeziehung freier Träger in qualifizierte Inaugenscheinnahme und Gefährdungseinschätzung
- ÖRTLICHE ZUSTÄNDIGKEIT UND
KOSTENERSTATTUNG**
- 163 Örtliche Zuständigkeit für die ION bei fehlender Bereitschaft einer ION-Einrichtung zur Weiterbetreuung
- SCHUTZAUFTRAG**
- 95 Strafbarkeit von Fachkräften des Jugendamts bei Erhalt von kinderpornografischen Inhalten
- 292 Fotoaufnahmen durch Kindertagespflegeperson bei Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung
- 356 **BERICHTIGUNG**
- 354 Inobhutnahme des Kindes einer minderjährigen Mutter
- 355 Erweitertes Führungszeugnis für Babysitterin eines Pflegekindes?

- 427 Pflicht zur Inobhutnahme im Fall einer Bitte eines jungen Menschen
- 427 Vorgehen bei fehlender Mitwirkung der Erziehungsberechtigten im Rahmen der Gefährdungseinschätzung
- 429 Abgrenzung zwischen Inobhutnahme (ASD) und Herausnahme (Vormund) bei dringender Kindeswohlgefährdung

TAGESBETREUUNG

- 655 Kindertagespflege durch die erwachsene Schwester im gemeinsamen Haushalt

UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE AUSLÄNDER UND AUSLÄNDERINNEN/GEFLÜCHTETE

- 223 Wohnsitznahmeverpflichtung für asylsuchenden jungen Volljährigen
- 357 Anwendbarkeit der asylrechtlichen Verteilvorschriften auf unbegleitete minderjährige Ausländerinnen
- 472 Sorgerechtsvollmacht für Asylantragstellung
- 475 Keine Bevollmächtigung von Dritten zur Teilnahme an Anhörung im Asylverfahren durch Vormundinnen

TEILHABERECHT

EINGLIEDERUNGSHILFE

- 294 Überschreitung der Vermögensfreigrenze nach dem SGB IX
- 358 Barbetrag bei Unterbringung eines jungen Volljährigen nach §§ 41, 35a SGB VIII in SGB IX-Einrichtung
- 598 Gewährung von Teilhabeleistungen in Form der Schulbegleitung bei fehlenden Diagnosekapazitäten
- 98 Durchsetzung von Leistungsansprüchen durch Amtsvormünder und Ergänzungspfleger
- 225 Entlassung einer Jugendlichen mit geistiger Behinderung aus Wohneinrichtung ohne Anschlusshilfe
- 228 Kriterium der Wesentlichkeit einer geistigen Behinderung iSd § 99 Abs. 1 SGB IX

VORRANG-NACHRANG-FRAGEN

- 477 Freizeitassistenz als Leistung der Frühförderung
- 534 Gewährung eines Gebärdensprachkurses für Pflegeeltern eines schwerhörigen Kindes
- 656 Abgrenzung ambulante bzw. stationäre Eingliederungshilfe nach § 35a Abs. 2 Nr. 1 bzw. 4 SGB VIII

RECHTSPRECHUNG

FAMILIENRECHT

- 431 Entscheidungen des BVerfG aus dem Jahr 2023 zu §§ 1666, 1666a BGB:
- 431 BVerfG 15.2.2023 – 1 BvR 1773/22 (Nichtannahmebeschl.)
- 432 BVerfG 16.2.2023 – 1 BvR 2663/21 (Nichtannahmebeschl.)
- 432 BVerfG 7.3.2023 – 1 BvR 221/23 (Nichtannahmebeschl.)
- 432 BVerfG 25.4.2023 – 1 BvR 619/23 (Nichtannahmebeschl.)
- 433 BVerfG 17.11.2023 – 1 BvR 1037/23
- 433 BVerfG 16.9.2022 – 1 BvR 1807/20 (Nichtannahmebeschl.)

ABSTAMMUNGSRECHT

- 361 BVerfG 9.4.2024 – 1 BvR 2017/21
Regelungen über Vaterschaftsanfechtung durch leibliche Väter mit Elterngrundrecht unvereinbar (Leits.)

ADOPTIONSRECHT

- 99 OLG Schleswig 25.10.2023 – 8 UF 124/23
Adoption durch getrennt lebende Ehegattinnen
- 165 BGH 6.12.2023 – XII ZB 485/21
Ersetzung der Einwilligung des Vaters nach § 1748 Abs. 4 BGB; Anhörung des Kindes
- 170 ANMERKUNG von Prof. Dr. Birgit Hoffmann
- 171 OLG Karlsruhe 28.8.2023 – 5 UF 125/22
Aufhebung des Aufnahmeverhältnisses wegen fehlender Beteiligung des potenziellen Vaters (Leits.)
- 171 ANMERKUNG von Prof. Dr. Birgit Hoffmann
- 175 OLG Frankfurt a. M. 12.12.2023 – 2 UF 33/23
Adoption nach Eizellspende und Leihmutterchaft im Ausland
- 181 ANMERKUNG von Prof. Dr. Birgit Hoffmann
- 537 BGH 15.5.2024 – XII ZB 358/22
Feststellung der biologischen Vaterschaft nach einer Adoption (Leits.)
- 601 OVG Bremen 28.8.2024 – 2 LB 199/24
Prüfung der allgemeinen Adoptionseignung
- 657 BGH 31.7.2024 – XII ZB 147/24
Einwilligung des leiblichen Vaters in eine Adoption

BEISTANDSCHAFTSRECHT

- 362 VG München 14.2.2024 – M 18 E 23.5867
Kein Anspruch auf Einsicht in die Beistandschaftsakte für den barunterhaltspflichtigen Elternteil

- FAMILIENVERFAHRENSRECHT
RECHTSPRECHUNG KOMPAKT
- 231 OLG Karlsruhe 11.1.2023 – 5 WF 138/22
Keine Zwangs-/Ordnungsmittel zur Erzwingung der Kindesanhörung
- RECHTSPRECHUNG KOMPAKT
- 232 OLG Brandenburg 17.7.2023 – 9 UF 111/23
Keine Anordnungscompetenz gegenüber dem Jugendamt
- 604 OLG Karlsruhe 11.7.2024 – 20 UF 88/24
Keine Kostentragung des Jugendamts als Vormund bei Rücknahme einer Beschwerde
- INTERNATIONALES FAMILIENRECHT
(MIT UNTERHALTSRECHT)
RECHTSPRECHUNG KOMPAKT
- 480 Superior Court of Ontario 20.10.2023 – FC-21-86-IS00
Anerkennung von Entscheidungen in Kanada; Zustimmung von Verfahrensschriftstücken
- RECHTSPRECHUNG KOMPAKT
- 538 BGH 27.3.2024 – XII ZB 291/23
Vollstreckbarerklärung eines türkischen Unterhaltstitels in Deutschland; Vollstreckungshindernisse
- SORGERECHT
RECHTSPRECHUNG KOMPAKT
- 182 KG 9.11.2023 – 16 UF 105/23
Unterschiedliche Einschätzungen über einen Unterbringungswechsel des Kindes
- RECHTSPRECHUNG KOMPAKT
- 661 OLG Saarbrücken 17.4.2024 – 6 UF 22/24
Anforderungen an Amtsermittlungspflicht und Sorgerechtsvollmacht bei häuslicher Gewalt
- UMGANGSRECHT
RECHTSPRECHUNG KOMPAKT
- 44 OLG Brandenburg 13.10.2023 – 9 UF 115/23
Umgangsausschluss über mehrere Jahre
- RECHTSPRECHUNG KOMPAKT
- 297 OLG Hamm 3.11.2023 – 13 UF 106/22
Zurückweisung eines Umgangantrags ohne weitere Anordnung zum Umgang
- RECHTSPRECHUNG KOMPAKT
- 298 OLG Frankfurt a. M. 20.10.2023 – 6 UF 151/23
Kontaktaufnahmeverbot eines nicht sorgeberechtigten Elternteils
- 482 BGH 21.2.2024 – XII ZB 401/23
Kein implizites Umgangs- bzw. Kontaktverbot außerhalb der festgelegten Umgangszeiten
- UNTERHALTSRECHT
RECHTSPRECHUNG KOMPAKT
- 45 OLG Schleswig 21.11.2023 – 8 UF 161/23
Geltendmachung von Kindesunterhalt im paritätischen Wechselmodell
- RECHTSPRECHUNG KOMPAKT
- 46 OLG Celle 25.8.2023 – 10 UF 121/23
Eintritt der Volljährigkeit im laufenden vereinfachten Unterhaltsfestsetzungsverfahren
- RECHTSPRECHUNG KOMPAKT
- 47 OLG Brandenburg 22.6.2023 – 13 UF 80/22
Forderungsverbleib nach Rückzahlung der Sozialleistung
- 102 BGH 20.9.2023 – XII ZB 177/22
Widerruf eines Anerkenntnisses; Mehrbedarf; erhöhter Regelbedarf
- 233 LG Dessau-Roßlau 15.1.2024 – 1 T 212/23
Begründung der Höhe des pfändungsfreien Grundbetrags und Deckelung des Mehrbetrags
- RECHTSPRECHUNG KOMPAKT
- 235 OLG Bremen 14.12.2023 – 5 UF 36/23
Zeit- und Umstandsmoment der Verwirkung
- RECHTSPRECHUNG KOMPAKT
- 364 OLG München 6.3.2024 – 2 UF 1201/23e
Bemessung des angemessenen Selbstbehalts beim Eltern- und Großelternunterhalt
- 435 BGH 10.4.2024 – XII ZB 459/23
Vertretung des Kindes im Wechselmodell bei der Geltendmachung von Unterhalt
- 438 ANMERKUNG von Petra Birnstengel
- 485 BGH 24.4.2024 – XII ZB 282/23
Inverzugsetzung zur Geltendmachung von Mehrbedarf
- 489 BGH 25.4.2024 – IX ZB 55/23
Pfändbarkeit der Inflationsausgleichsprämie (Leits.)
- RECHTSPRECHUNG KOMPAKT
- 606 BGH 12.6.2024 – VII ZB 24/23
Berücksichtigung eines beim Schuldner lebenden weiteren Kindes beim Pfändungsfreibetrag
- 662 OLG Brandenburg 28.2.2024 – 9 UF 40/21
Berücksichtigung weiterer Kinder im Haushalt des barunterhaltspflichtigen Elternteils

UNTERHALTSVORSCHUSSRECHT

- 108 VG Hamburg 20.11.2023 – 13 K 4357/22
Anspruch auf Unterhaltsvorschuss, obwohl beide Eltern in der gleichen Wohnung leben
- RECHTSPRECHUNG KOMPAKT
- 184 KG 3.7.2023 – 16 UF 11/23
Geltendmachung des auf das Land übergegangenen Unterhaltsanspruchs
- 299 BVerwG 12.12.2023 – 5 C 9.22
Kein Anspruch auf Unterhaltsvorschuss ab 40 % Mitbetreuung durch anderen Elternteil
- 303 VG München 20.12.2023 – M 18 K 22.2191
Anspruch auf UV-Leistungen bei ausländerrechtlichen Hindernissen für Zusammenleben von Ehepartnern
- 540 VGH München 5.6.2024 – 12 CS 24.834
Zeitpunkt der Mitwirkungshandlungen
- 543 VG Hamburg 31.1.2024 – 13 K 3299/23
Anspruch auf Unterhaltsvorschuss bei ausländerrechtlichen Hindernissen für Zusammenleben der Ehepartner

RECHTSPRECHUNG KOMPAKT

- 607 OVG Lüneburg 10.4.2024 – 14 LC 358/22
Anspruch auf Unterhaltsvorschuss während Auslandsschuljahr

VORMUNDSCHAFTSRECHT/ PFLEGSCHAFTSRECHT

- 110 OLG Hamm 27.10.2023 – 6 UF 104/22
Auswahl des Vormunds; Vorrang der ehrenamtlichen Vormundschaft
- 236 OVG Hamburg 22.11.2023 – 4 So 59/23
Klagebefugnis der als Vormund tätigen Fachkraft gegenüber ihrem Anstellungsträger
- 489 OLG Karlsruhe 29.1.2024 – 16 WF 97/23
Voraussetzungen des Übergehens einer als Vormund benannten Person
- 495 OLG Karlsruhe 22.4.2024 – 18 WF 44/24
Eignung einer Person als ehrenamtlicher Vormund
- 607 OLG Bremen 12.1.2024 – 4 UF 49/23
Auskunft des Vormunds über die persönlichen Verhältnisse des Mündels

KINDER- UND JUGENDHILFERECHT

DATENSCHUTZ

- 185 LG Berlin 16.3.2023 – 512 Qs 123/22
Herausgabe von Identitätsdaten von Informationsgebern in Kinderschutzfällen
- 307 OVG Lüneburg 28.11.2023 – 11 LC 273/21
Zulässigkeit der Datenübermittlung an die Ausländerbehörde

RECHTSPRECHUNG KOMPAKT

- 666 OVG Saarlouis 26.6.2024 – 8 F 137/23
Akteneinsicht durch Mutter nach Inobhutnahme

FINANZIERUNG

- 546 VGH München 13.2.2024 – 12 BV 23.1357
Einschätzungsprärogative der Schiedsstelle

KOSTENBETEILIGUNG

- 49 VG Bremen 8.9.2023 – 3 K 100/22
Rechtmäßigkeit der Jugendhilfeleistung Voraussetzung der Kostenheranziehung
- 239 VG Bremen 8.9.2023 – 3 K 1833/20
Mitteilung gem. § 92 Abs. 3 SGB VIII muss konkret erbrachte Hilfeart enthalten
- 365 VGH München 19.7.2023 – 12 ZB 23.280
Berücksichtigung von Schuldverpflichtungen
- 498 VG Bremen 14.3.2024 – 3 K 2377/22
Rechtmäßigkeit des Kostenbeitrags als Voraussetzung für Kostenheranziehung
- 552 BVerwG 18.1.2024 – 5 C 13.22
Berücksichtigung von Kfz-Kosten als Belastung im Rahmen der Kostenheranziehung

- 611 VG München 31.7.2024 – M 18 K 19.4216
Die EU-Beamtenstatut gewährte Unterhaltsberechtigtenzulage als Kindergeld

LEISTUNGEN NACH SGB VIII

RECHTSPRECHUNG KOMPAKT

- 614 VG München 30.8.2024 – M 18 E 24.4980
Pflicht zur ordnungsgemäßen Hilfeplanung bei Hilfewunsch über das 21. Lebensjahr hinaus

ÖRTLICHE ZUSTÄNDIGKEIT UND

KOSTENERSTATTUNG

- 114 OVG Hamburg 12.4.2023 – 4 Bf 139/22
Kostenerstattung auch bei Trägeridentität
- 241 VGH Mannheim 23.5.2023 – 12 S 457/23
Leistungsbegriff: Beendigung und Unterbrechung; Hilfe für junge Volljährige

246 OVG Münster 17.4.2023 – 12 A 1586/21
Dynamische Zuständigkeit und Durchgriffshaftung

667 BVerwG 25.4.2024 – 5 C 3.23
Dynamische Zuständigkeit bei nicht personensorge-
berechtigten Eltern (Leits.)

670 BVerwG 25.4.2024 – 5 C 12.22
Dynamische Zuständigkeit bei nicht personensorge-
berechtigten Eltern
BERICHTIGUNG in JAmt 2025, 50

670 VG Neustadt a. d. Weinstraße 29.5.2024 – 4 K 1272/23.NW
Örtliche Zuständigkeit, wenn maßgeblicher Eltern-
teil zunächst in U-Haft und dann in Strafhaft ist

SCHUTZAUFTRAG

RECHTSPRECHUNG KOMPAKT

117 OVG Schleswig 25.9.2023 – 3 LB 7/23
Vorrang familiengerichtlicher Entscheidung vor der
Inobhutnahme

RECHTSPRECHUNG KOMPAKT

187 OLG Brandenburg 11.12.2023 – 2 U 33/22
Haftung des Jugendamts bei unzureichender Sachauf-
klärung und verzögerter Anrufung des Familiengerichts

TAGESBETREUUNG

RECHTSPRECHUNG KOMPAKT

367 LG Darmstadt 19.9.2023 – 30 O 21/22
Verdienstausfallschaden bei Nichtbereitstellung eines
Kita-Platzes

RECHTSPRECHUNG KOMPAKT

675 OVG Berlin-Brandenburg 2.8.2024 – 6 S 28/24
Zumutbarkeit eines Platzes in einer Kindertages-
pflegestelle; Arbeitsweg; Öffnungszeiten

UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE AUSLÄNDER UND AUSLÄNDERINNEN/GEFLÜCHTETE

51 VG Karlsruhe 20.9.2023 – 8 K 3002/23
Rechtliche Vertretung zwingend für die Altersein-
schätzung

53 VG Karlsruhe 27.9.2023 – 8 K 3170/23
Rechtliche Vertretung zwingend für die Altersein-
schätzung

251 VG Hannover 28.7.2023 – 3 B 3714/23
Ausschluss der Verteilung bei engen Bezugspersonen

314 OVG Berlin-Brandenburg 25.10.2023 – 6 S 50/23,
6 M 54/23
Erneute Alterseinschätzung nach einer Inobhutnahme

RECHTSPRECHUNG KOMPAKT

369 VG Berlin 21.12.2023 – 19 L 403/23 V und
OVG Berlin-Brandenburg 22.12.2023 – 3 S 117/23
Geschwisternachzug zum subsidiär schutzberechtig-
ten unbegleiteten minderjährigen Ausländer

500 VGH Mannheim 9.4.2024 – 12 S 77/24
Rechtliche Vertretung im Kontext der vorläufigen
Inobhutnahme und der Alterseinschätzung

RECHTSPRECHUNG KOMPAKT

507 OVG Bremen 15.4.2024 – 2 B 330/23
Notvertretung iSv § 42a Abs. 3 SGB VIII erfordert or-
ganisatorische und personelle Trennung im Jugend-
amt

SOZIALRECHT

SOZIALVERWALTUNGSRECHT/RECHTSSCHUTZ RECHTSPRECHUNG KOMPAKT

677 OVG Schleswig 29.10.2024 – 3 MB 20/24
Kein Anordnungsgrund bei Möglichkeit der Eltern,
eine EGH vorübergehend selbst zu finanzieren

TEILHABERECHT

EINGLIEDERUNGSHILFE

119 VG Hannover 25.9.2023 – 3 A 3497/20
Übernahme von Privatschulskosten nach Selbstbeschaf-
fung im laufenden Schuljahr

RECHTSPRECHUNG KOMPAKT

122 VG München 7.9.2023 – M 18 E 23.3156
Anspruch auf Schulbegleitung, wenn diese wenigstens
einen Teilbedarf deckt

RECHTSPRECHUNG KOMPAKT

189 VG Aachen 17.11.2023 – 2 K 1958/22
Veränderte Voraussetzungen von Hilfen für junge Voll-
jährige durch Neufassung des § 41 SGB VIII

RECHTSPRECHUNG KOMPAKT

371 OVG Lüneburg 14.2.2024 – 14 ME 128/23
Anforderungen an die Qualifikation von Schulbeglei-
tern

RECHTSPRECHUNG KOMPAKT

616 VG Hannover 15.7.2024 – 3 B 2578/24
Ruhens der Schulpflicht als Voraussetzung für Einglie-
derungshilfe in Form der Online-Beschulung

VORRANG-NACHRANG-FRAGEN

558 SG Augsburg 11.1.2024 – S 6 SO 155/22
Bestimmung der konkreten Hilfebedarfe vor Zustän-
digkeitsabgrenzung nach § 10 Abs. 4 SGB VIII

DIJuF • Postfach 10 20 20 • D-69010 Heidelberg

Postfach 10 20 20
D-69010 Heidelberg

Poststraße 17
D-69115 Heidelberg

institut@dijuf.de
dijuf.de

Tel.+49(0)6221 98 18-0
Fax+49(0)6221 98 18-28

DAS JUGENDAMT – ZEITSCHRIFT FÜR JUGENDHILFE UND FAMILIENRECHT

Bestellschein

Bitte schicken Sie mir gegen Rechnung

_____ Expl. DAS JUGENDAMT, ab Heft _____
im Jahresabonnement (elf Hefte im Jahr) für 116,50 EUR/
für Mitglieder des DIJuF* und deren Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterinnen
64 EUR jew. zzgl. Versandkosten und USt.

_____ Expl. DAS JUGENDAMT, Heft _____ für 12,10 EUR/
für Mitglieder des DIJuF* und deren Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterinnen
6,10 EUR jew. zzgl. Versandkosten und USt.

*Das Jugendamt _____ ist DIJuF-Mitglied.

an folgende Adresse:

NAME _____

INSTITUTION _____

E-Mail** _____

STRASSE _____

PLZ _____ ORT _____

ORT, DATUM

UNTERSCHRIFT

** Ihre E-Mail-Anschrift benötigen wir zur Zustellung der e-Rechnung.
Widerrufsrecht: Diese Bestellung kann innerhalb von zwei Wochen ohne Begründung widerrufen werden. Die Frist beginnt einen Tag nach Absendung der Bestellung. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung einer schriftlichen Nachricht an das DIJuF.
Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, falls es nicht sechs Wochen vor Jahresende schriftlich gekündigt wird.